

Zum letzten Mal gezittert

Der letzte Stich des Kalten Krieges: Vor 20 Jahren entfiel die Berlinzulage

Mit Sicherheit hatten die meisten ehemaligen Angehörigen der German Security Unit (GSU) heute vor 20 Jahren ganz andere Probleme, als sich mit dem Wegfall einer Sonderzuwendung zu beschäftigen – denn im November 1994 war die frühere deutsche Einheit der britischen Militärpolizei schon Geschichte.

Nur Wenige trugen ihre grüne Uniform mit neuen Applikationen noch weiter, um bis Dezember die letzten Objekte der scheidenden Schutzmacht als „Security Forces“ der British Residual Interest Orga-

persönliche Lebensplanung und sogar ein Verbleiben in Berlin, standen für viele infrage – auch wenn sie zunächst durch Abfindungen eine Zeit lang aufgefangen wurden.

Das „starke Berlin“, das man so lange Zeit tatsächlich empfinden konnte, gab es für die meisten Berliner nicht mehr. Da bildeten ehemalige Zivilbeschäftigte natürlich auch keine Ausnahmen.

Kurz notiert:

Die Berlinzulage wurde 1971 im Rahmen des Berlinförderungsgesetzes eingeführt und sollte höhere Lebenshaltungskosten, die sich insbesondere aus den längeren Transportwegen und Personalkosten ergaben, ausgleichen. Die Zulage, die umgangssprachlich auch „Zitterprämie“ genannt wurde, betrug acht Prozent des Bruttoeinkommens und war steuerfrei. Nach der Wiedervereinigung ist die Zulage ab 1990 in mehreren Stufen reduziert und letztmalig im Dezember 1994 ausbezahlt worden.

Die Berliner und ihre „Zitterprämie“

Im November 1994 verabschiedete man sich auch von etwas, das einst in der geteilten Stadt heiß begehrt war und viel Neid auf deren Einwohner zog: Die Berlinzulage, deren Auszahlung im Dezember letztmalig erfolgte und anschließend endgültig entfiel.

Es war ein großes Tribut, dass der freie Teil Berlins nach der Spaltung Deutschlands und insbesondere nach dem Bau der Mauer 1961 durch höhere Lebenshaltungskosten belegt war, was vor allem auf die längeren Anfahrtswege der Güter und natürlich vergleichbar höhere Personalkosten zurückzuführen war.

Das bereits seit März 1950 bestehende Berlinförderungsgesetz regelte zunächst nur die Subventions- und Förderungsgrundlage für wirtschaftliche Unternehmen, um den Standort Berlin attraktiver zu machen – was zum größten Teil auch gelang, denn



nisation (BRIO) zu schützen – dann war auch für sie endgültig Schluss. Mit dem vollendeten Abzug der Alliierten wurde formal auch ein wichtiger Teil des Kalten Krieges beendet, denn verbleibende Einheiten hatten in Deutschland nunmehr eine ganz andere Stellung – insbesondere als Bündnispartner.

Wie schon so oft beschrieben, erfuhren die meisten Ex-Guards vor 20 Jahren die volle Härte sozialer Not, vor allem wegen der erlittenen Arbeitslosigkeit. Die

grundsätzlich fehlte es den Berlinerinnen und Berlinern an nichts. Auch aus steuerrechtlicher Sicht zog es große Firmen somit in die suspendierte Hauptstadt.

Ein „großer Blauer“ mehr

Die Berliner selbst, hatte man aber durch das Gesetz zunächst nicht berücksichtigt, obgleich sie ohnehin die Leidtragenden waren. Erst viele Jahre nach dem Bau der Mauer und den greifbaren Erfahrungen der zweiten „Berlin-Krise“ 1961/62, wurde die Bevölkerung entlastet.

Mit der Einführung der Berlinzulage 1971 erhielten die „Eingekesselten“ einen Zuschlag von acht Prozent auf ihr Bruttoeinkommen, was bis zu 15 Netto-Prozent ausmachte. Zusätzlich wurde der Bruttobetrag so aufgerundet, dass der Gesamtbetrag durch 10 teilbar war. Eine Zulage, die seitens der Berliner auch liebevoll als „Zitterprämie“ bezeichnet wurde und sie dennoch von den Bundesbürgern abhob.

Ein schichtdienstleistender GSU-Guard, der zugleich auch Sonderzuwendungen der Alliierten als allgemeine Stellenzulage erhielt, konnte sich somit monatlich locker auf zusätzliche Hundert D-Mark und mehr freuen.

Und wer ehrlich ist, der wird bestätigen, dass der „große Blau“ mit dem Abbild Sebastian Münsters und den rückseitig dargestellten ausgebreiteten Schwingen eines Adlers, zu den begehrtesten Banknoten jener Zeit gehörte. Sie stellte ein kleines Vermögen im Geldbeutel dar.

Die Pläne des Kanzlers

Der Wirtschaftsstandort Berlin war sicherlich lukrativ, vor allem aber war er eine politische Spielfläche der Alliierten. Im Jahr 2011 veröffentlichte die Bundesregierung geheime Unterlagen, wonach Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) 1962 in Washington US-Präsident John F. Kennedy vorschlug, der DDR ein Gebietsaustausch zu unterbreiten, um die westlichen Sektoren Berlins gegen Thüringen und Teile Mecklenburgs und Sachsens zu tauschen.

Hierzu muss man wissen, dass die Bereiche um Schwerin und Leipzig nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst von britischen und amerikanischen Truppen erobert und befreit, später aber an den sowjetischen Alliierten abgegeben wurden.

Gebietsaustausche waren übrigens im kleinen Stil nichts Ungewöhnliches und fanden auch in Berlin

statt, z. B. zwischen Spandau und den DDR-Gemeinden Dallgow, Groß Glienicke und Seeburg.

Bundeskanzler Adenauer zielte aber offenbar in seinen letzten Amtsjahren darauf ab, den Tausch der unmittelbaren Nachkriegszeit wieder rückgängig zu machen, denn ohne die Insellage Berlins, wäre ein gigantischer zusammenhängender Wirtschaftsraum entstanden. Für die DDR hätte der Verlust dieser Einflusszone allerdings massive Konsequenzen gehabt, da sie große Industriegebiete verloren hätte. Für den eingefleischten Rheinländer Adenauer, der bereits in den 1950er Jahren wegen der Gründung der Bundeswehr den Status der bewaffneten Zivilbeschäftigten bei den Alliierten in Berlin massiv anprangerte, stellte sich sein Vorschlag als „vorteilhafter Tausch“ dar.

Vermutlich ist es dem US-Präsidenten zu verdanken, dass der westlichen Berliner Bevölkerung eine große Umsiedlung erspart blieb – auch wenn hier vor allem militärisch-strategische Überlegungen im Vordergrund standen.

Attraktives Berlin

Die gescheiterten Pläne Adenauers (Foto: Mit US-Präsident Kennedy 1962 im Weißen Haus), die Folgen des Mauerbaus und die Mehrbelastung

der Berlinerinnen und Berliner hatte mit der Einführung der Berlinzulage angenehme Konsequenzen für die einstigen Hauptstädter – aber auch negative für die Steuerzahler insgesamt, denn die Zitterprämie verschlang umgerechnet jährlich 1,4 Milliarden Euro, einschließlich sämtlicher Bundeshilfen waren es in Spitzenzeit sogar bis zu 7,4 Milliarden.

Insgeheim sollte die Zulage das Arbeiten in Berlin auch attraktiver für den Markt machen und Menschen in die Stadt holen. Mit der Einführung des Berlinförderungsgesetzes wurden aber in erster Linie große Unternehmen in die Stadt gelockt, um Arbeitsplätze zu schaffen, denn die größten Verlage und Banken verließen nach Kriegsende Berlin in Richtung Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hamburg und München und auch Traditionsunternehmen wie Siemens und der Allianz-Konzern, kehrten der ehemaligen Reichshauptstadt den Rücken zu.

Fast jede zweite Mark stammte daher aus Bonn, denn das Gesetz regelte, dass alle Ausgaben des Landes Berlin, die nicht durch eigene Einnahmen getragen werden konnten, durch Bundesmittel zu finanzieren waren. Im Ostteil der Stadt existierte eine di-



rekte Förderung nicht, allerdings waren die Verdienstmöglichkeiten höher als in anderen Städten der damaligen DDR und zudem wurden dortige Geschäfte mit Waren beliefert, die es außerhalb der „DDR-Hauptstadt“ nicht gab, insbesondere Lebensmittel. Dieser Umstand führte auch dazu, dass der östliche Teil Berlins 1989 zahlungsunfähig war.

„Notopfer Berlin“

Die hohen Investitionskosten für Berlin waren vielleicht auch Überlegungen, die Adenauer zu dessen Plan des Gebietsaustausches bewogen hat, denn ein strikter „Berlin-Gegner“ war der Rheinländer nun auch nicht. Letztlich war das „Notopfer-Gesetz“ eines der ersten überhaupt, die der Bundeskanzler im Dezember 1949 mit seiner Regierung auf den Weg brachte.

Auf Vorschlag der westlichen Alliierten wurde auf jede Briefmarke ein Zuschlag von zwei Pfennigen erhoben, die den Berlinern in den westlichen Sektoren zugutekamen. Durch dieses Projekt wurden 23 Milliarden Steuermarken verklebt (Foto), die zusätzlich auf den Briefumschlägen aufgetragen wurden. Bis 1956, als diese Maßnahme endete, sind insgesamt 430 Millionen D-Mark in die Staatskasse geflossen. Im heutigen elektronischen Zeitalter wäre eine solche Hilfs-Maßnahme vollkommen sinnlos.

Mit dem Fall der Mauer 1989 wurde die Zahlung der Berlinzulage noch nicht eingestellt. Zu groß waren die finanziellen Lasten und Herausforderungen in der ehemals geteilten Stadt, die aufgrund ihrer besonderen Situation vieles doppelt und dreifach vorweisen konnte – wenn man alleine an die verschiedenen Opernhäuser oder den im Osten gelegenen Tierpark und den Zoologischen Garten auf der westlichen Seite denkt. Gelder aus Bundesmitteln wurden zudem benötigt, um die maroden Zustände im bankrotten Ostteil wieder zu beheben – sehr zu Lasten übriger Teile Deutschlands.

Ab 1990 wurden die Bundesmittel, einschließlich der Berlinzulage, sukzessive in mehreren Schritten reduziert. Auch Steuervergünstigungen wurden radikal abgebaut. 1994 erhielt Berlin zur Finanzierung seiner berlinbezogenen Ausgaben eine letzte Zahlung in Höhe von umgerechnet 2,8 Milliarden Euro – dann war Schluss.

Das Ende der Zitterprämie

Vor genau 20 Jahren, im November 1994, wurden die letzten Anweisungen der Berlinzulage getätigt und im Dezember letztmalig steuerfrei ausgezahlt. Mit Ablauf des Dezembers wurde diese dann offiziell

eingestellt und Berlin zum 1. Januar 1995 an den Länderfinanzausgleich angeschlossen.

Sicher ist, dass das freie Berlin ohne die Bundesmittel nicht überlebensfähig und somit die Zuwendung zwingend notwendig war. Als Berliner hatte man all dies dennoch kaum bemerkt und noch heute kommen viele ins Schwärmen, wenn an alte Zeiten, an gelebte Normalität, zurückgedacht wird.

Nach einem heutigen Blick ins Portmonee, denken bestimmt viele Menschen oft zurück an die Zeit der 1980er Jahre. Vor genau 30 Jahren haben bei-

spielsweise eine Kugel Eis noch 20 Pfennige, eine Schachtel Zigaretten 2,80 DM, ein Einzelfahrschein der BVG nur 1,- DM und selbst das Maß Bier auf dem Münchner Oktoberfest nur 6,- DM gekostet.

Ein Grund mehr, sich an die gute alte Berlinzulage zu erinnern, die vor genau 20 Jahren endgültig entfiel und Geschichte wurde – nur wenige Wochen nach der German Security Unit.

Ehemaliger Offizier verurteilt

Ein in den 1980er Jahren in Berlin-Gatow stationierter ehemaliger Nachrichtoffizier der Royal Air Force (RAF) ist zu einer 13jährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden.

Der inzwischen 63jährige Mann soll während seiner aktiven Dienstzeit in Gatow in mindestens 23 Fällen, Kinder im Alter von unter 13 Jahren sexuell missbraucht haben. Bei den Jungen handelte es sich um Kinder seiner Air-Force-Kameraden. Tatort war in sämtlichen bekannten Fällen der damalige Militärflughafen.

Nach dem Eingang mehrere Anzeigen, nahmen das britische Verteidigungsministerium und die Polizei der RAF gezielte Ermittlungen gegen Unbekannt auf, die sich auf Vorfälle zwischen 1981 und 1989 und einen bis dahin nicht identifizierten ehemaligen Luftwaffenoffizier konzentrierten, der inzwischen in der Nähe Londons wohnen sollte.

Im Januar 2013 wurde der Ex-Offizier identifiziert und durch die RAF-Polizei verhaftet. Ein Militärgericht verhängte nun das Strafmaß gegen den früheren Soldaten und lässt inzwischen auch weitere Verdachtsfälle prüfen.



Interview: Zellmer als Zeitzeuge

Seit 1998 tourt der „Jahrhundertbus“ quer durch die Republik, um Zeitzeugen deutscher Geschichte für das ZDF zu interviewen. Im Auftrag des Senders, führt der Verein „Gedächtnis der Nation“ (GdN) dieses Projekt seit 2008 fort, das unter Schirmherrschaft von Bundespräsident Joachim Gauck steht.

Der Vorsitzende des Projekts, der Publizist und Fernsehjournalist Professor Dr. Guido Knopp („ZDF-History“), sammelt mit seinem Team unzähliges Material zu den unterschiedlichsten Themen deutscher Geschichte und bereist auf diesem Wege die gesamte Bundesrepublik.

Bei einem 3-tägigen Halt in Berlin, beschäftigte sich das ZDF aufgrund des 25. Jahrestages des Mauerfalls, auch mit der Geschichte des Kalten Kriegs. Aus diesem Grund recherchiert das Redaktionsteam auch über die Menschen, die hinter diesen Ereignisse stecken und forscht nach Geschehnissen, die bislang oftmals unerwähnt blieben.

Vor wenigen Wochen kam es deshalb zu einer Presse- und Interviewanfrage an die GSU-Kameradschaft, um über die German Security Unit zu berichten, die als deutsche Einheit bei der britischen Militärpolizei einzigartig war.

Der GSU-Vereinsvorsitzende Gerhard E. Zellmer (Foto oben) wurde daher am 11. November zum Thema „GSU“ interviewt. In dem einstündigen Gespräch stellte Zellmer nicht nur einen interessanten Überblick der Ereignisse der Anfänge der früheren Einheit dar, sondern äußerte sich auch über das Miteinander zwischen deutschen Zivilbeschäftigten und britischen Soldaten sowie den schweren Schicksalsjahren vieler GSU-Leute ab Oktober 1994.

Der zuständige Redakteur, der sich über unsere Vereinshomepage gründlich vorbereitet hatte, befragte den Vorsitzenden nicht nur zu den alltäglichen Ereignissen, die den Dienst der GSU prägten, sondern auch zu den Begegnungen mit Angehörigen der königlichen Familie oder seltenen Konfrontationen mit sowjetischen Soldaten. Für den

Journalisten war es, so äußerte er sich am Ende des Interviews, eine "faszinierende Zeitreise in das geteilte Berlin" gewesen.

Der „Jahrhundertbus“ hat inzwischen Berlin wieder verlassen und ist nach Mainz zurückgekehrt. Das Interview wird ausgewertet und in ca. vier Monaten veröffentlicht.

Deutscher Dialogpreis

Große Ehre für die GSU-Kameradschaft: Am 4. November nahmen Vertreter des Vereins auf Einladung des Bundes Deutscher Dialog-Institutionen (BDDI) an der Verleihung des "Deutschen Dialogpreises 2014" im Steigenberger Hotel Am Kanzleramt teil.

Gemeinsam mit unserem Partnerverein, den Wilhelmstadt-Schulen, wurde dem GSU-Verein auf diese Weise großer Respekt für das eingebrachte interkulturelle Engagement in Spandau ausgesprochen.

Bei dem spannenden und sehr festlichen Abend, durch den der Fernsehjournalist Meinhard Schmidt-Degenhard führte, kam es neben des offiziellen Rahmens, auch zu interessanten Gesprächen mit internationalen Gästen.

Mit dem Dialogpreis werden Menschen geehrt, die sich im interkulturellen Bereich durch außerordentliches Engagement für unsere Gesellschaft hervorheben. Unter dem Motto "Menschen bauen Brücken" gingen die diesjährigen Preise u. a. an den Schriftsteller Dr. Navid Kermani (er wurde durch seine Frau, Professor Dr. Katajun Amipur, vertreten) und den Theologen und Islam-Spezialisten Dr. Thomas Lemmen sowie den Rabbiner der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Dr. Tovia Ben Chorin.

Die Partnerschaft zwischen den Wilhelmstadt-Schulen und dem GSU-Verein war Thema zahlreicher Unterhaltungen und weckte das Interesse vieler Gesprächspartner, u. a. das der ehemaligen Bundestagspräsidentin Professor Dr. Rita Süßmuth (Foto links mit den Vorstandsmitgliedern Zellmer und

Leistner), die sich "flammend" für die Spandauer Geschichte begeisterte und somit mit großer Aufmerksamkeit, den Ausführungen unseres Vereinsvorsitzenden Gerhard E. Zellmer folgte.



"Der Abend war ein sehr würdevolles Event und wundert es, dass es die GSU war, die den Festsaal des Steigenberger Hotels morgens als letztes verließ", erklärte der stellvertretende Vereinsvorsitzende Heiko Leistner, der gemeinsam mit Zellmer, den Vorstand vertrat.

Spandau-Ausstellung eröffnet

Auf Einladung des stellvertretenden Spandauer CDU-Vorsitzenden Matthias Brauner MDA nahmen die beiden GSU-Vorstandsmitglieder Heiko Leistner und Uwe Krumrey an der Eröffnung einer neuen Fotoausstellung teil, die im Zeichen des 25. Jahrestages des Mauerfalls steht.

Der Spandauer Fotograf und Künstler Ralf Salecker zeigt ab sofort interessante Motive der Havel- und Zitadellenstadt auf Leinwand, darunter natürlich auch deren Sehenswürdigkeiten. Besonders hervorgehoben werden auch Spandauer Blickwinkel, die bisher ganz im Verborgenen lagen.

Mit dieser ersten Ausstellung, zu der auch Vertreter des gesellschaftlichen Lebens der Havelstadt eingeladen waren, startet die CDU eine Initiative, mit der die Vielfältigkeit und Kreativität der Spandauer Künstlerszene präsentiert werden soll. In seiner Eröffnungsrede dankte Matthias Brauner auch den verschiedenen Leihgebern, die die Fotoausstellung mit weiteren zeitgeschichtlichen Exponaten erheblich bereichert haben.

„Eine wirklich gelungene Sache und tolle Idee, bei der Spandau im Vordergrund steht“, erklärte unser stellvertretender Vorsitzender Heiko Leistner. Die



CDU Spandau hatte die GSU-Kameradschaft in diesem Jahr auch bei der Realisierung der Ehrentafel massiv unterstützt.

Die Fotos von Ralf Salecker, der bereits einige Male Gast von GSU-Ausstellungen war, sind ab sofort im CDU-Wahlkreisbüro (Brunsbütteler Damm 190, 13581 Berlin), jeweils montags bis freitags von 09:00 Uhr bis 16:00 Uhr zu besichtigen.

Die große Demo in Gatow

Wer kann sich noch erinnern? Vor 35 Jahren, am 8. November 1979, musste die Berliner Polizei auf Ersuchen der britischen Schutzmacht, im Gatower Forst eine größere Demonstration von Umwelt- und Naturschützern auflösen. Die besorgten Bürgerinnen und Bürger setzten sich für den Erhalt von 30.000 gefährdeten Bäumen ein, die wegen des beabsichtigten Ausbaus des damaligen Militärflughafens gefällt werden sollten. Leider ohne Erfolg, denn letztlich wurden 1980 zunächst 33.000 und 1987 nochmals weitere 5.500 Bäume geholt. Später entstand durch Neubepflanzungen eine Heide-ähnliche Landschaft.

Abschied vor 40 Jahren

Unser Ehrenmitglied Heinz Radtke (89) wird sich noch erinnern: Vor genau 40 Jahren, am 11. November 1974, verabschiedete sich die vierte Kompanie des Royal Tank Regiment (RTR) nach einer 2jährigen Dienstzeit aus Berlin. Damals stellte sie, gemeinsam mit der damaligen German Service Unit (GSU), die Wache der Liegenschaft Smuts Barracks in der Wilhelmstraße.

In Anwesenheit des GSU-Dienststellenleiters, Staff Superintendent Wolfgang Schiller, seines Stellvertreters Chief Superintendent Heinz Radtke und zahl-

reicher Kameraden, überreichten Vertreter beider Einheiten Gastgeschenke (Foto: Bericht des „Berlin Bulletin“).

Für die GSU nahm der damalige Verbindungsoffizier Eric Rawlinson ein silberfarbenes Panzermodell mit Widmung entgegen, das sich

heute übrigens als Leihgabe im Besitz der GSU-Kameradschaft befindet.



Presentation to the German Service Unit (Berlin)

On Monday, 11 November, the German Service Unit (Berlin) was presented with a miniature Chieftain Tank. The presentation was made by WO 2 Riordan, 'A' Sqn 4 RTR in recognition of the spirit of co-operation and comradeship maintained between the two units in their sharing of guard duties at Smuts Barracks during the past two years.

The GSU expressed regret that 'A' Sqn are soon to return to their fold and hoped all members of the Sqn would be happy in their new, or old station.

The members of the GSU wished 'A' Sqn the very best of luck for the future and thanked them for their constant support.

WO 2 G. Riordan, 'A' Sqn 4 RTR making the presentation to WO 1 E. Rawlinson, RMP, BSE, who received it on behalf of the GSU. In attendance: Staff Superintendent Schiller, Chief Superintendent Radtke and members of the GSU together with Sgt Brown, Sgts Sheppard and Hadmun of 'A' Sqn 4 RTR.

Der Gast-Kommentar: **Eine konträre Seite der GSU** von Gottfried Einofski

Die Kontrollen an den Zugängen der militärischen Anlagen wurden im Laufe der Zeit, nicht nur bei den britischen Streitkräften, immer intensiver. Mit Spiegelrollen an den Fahrzeugen, dem Öffnen des Kofferraums usw., obwohl man dem einzelnen Posten meistens persönlich bekannt war. Eine liebenswerte Ausnahme war ein GSU-Posten an der Zufahrt des Militärflughafens Gatow, der jeden vom Bauamt kannte und alle immer lautstark bei der Einfahrt begrüßte – so ein richtiges Berliner Original.



Ich weiß seinen Namen nicht mehr, aber alle mochten ihn. Ein Blick ins Gesicht – und schon durfte man Passieren. Einerseits verständlich, andererseits natürlich nicht nachvollziehbar.

„Der Willkür der GSU ausgesetzt“

Es war schon bemerkenswert: Als Angehörige des Bauamtes waren wir für die bauliche Instandhaltung und konstruktive Sicherheit aller Gebäude im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich. Dennoch waren wir immer – ja, sagen wir es ruhig – der Willkür einzelner GSU-Objektbewacher ausgesetzt. Manchmal war das schon deprimierend.

Zivilbeschäftigte der britischen Armee hatten es da meistens einfacher und konnten ungehindert passieren. Auch ich konnte manchmal ungehindert einfahren, wenn nämlich ein Armeeingehöriger, wie z. B. Lieutenant Colonel Campel oder andere, auf meiner Beifahrerseite saßen.

Es gab eben doch eine Zweiklassengesellschaft; auch bei den US-Amerikanern. So durfte ich zum Beispiel mit einem roten Parkausweis näher am Zugang des amerikanischen Militärflughafens Tempelhof parken, als jene, die nur einen blauen Ausweis hatten.

Ich habe dennoch viel Erfreuliches während meiner langen Dienstzeit bei den Briten und den Amerikanern erlebt. An Wolfgang Schiller, den Chef der GSU, erinnere ich mich noch gut. Er war ein feiner und hilfsbereiter Mann.

Anfänglich waren die westlichen Alliierten noch die „Besatzungsmächte“, aber weil die Berliner so froh waren, dass wir sie hatten, wurden sie zu unseren Schutzmächten.

Natürlich entstanden auch erhebliche Kosten für die Stationierungen der Alliierten. So bekamen alle drei westlichen Schutzmächte jährlich Kostenerstattungen für deren Unterkünfte. Die Instandhaltungen der Liegenschaften wurden durch Gelder der Bundesrepublik Deutschland finanziert. Um einen Überblick zu behalten, waren für die Durchführungen aller Baumaßnahmen in Berlin, nur die Bauämter Nord und Süd der Sondervermögens- und Bauverwaltung zuständig und verantwortlich.

Keine Bundesbehörden in Berlin

Für alle von den Schutzmächten gewünschten Baumaßnahmen, mussten zuvor genaue Unterlagen, wie z. B. die „Haushaltungsunterlage-Bau“, die „Ausführungsunterlage-Bau“ sowie die Zuweisungen der Baumittel, in Abstimmung mit den Schutzmächten erstellt und zuvor in Bonn genehmigt werden.

Zur Person:

Gottfried Einofski (Foto) ist Jahrgang 1931 und war als Oberbauleiter des ehemaligen Bauamts Süd von 1969 bis 1992 u. a. für die Liegenschaften der Britischen Streitkräfte in Berlin zuständig. In seine Verantwortung fielen 1977 der Neubau der GSU-Kantine und zwischen Januar 1982 und Mai 1983 der Umbau des GSU-Kompanieblocks 34. Im Januar 1995 trat er in den Ruhestand und lebt heute noch in Berlin.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bauämter durften in Berlin, aufgrund des bestehenden Besatzungsstatuts, nicht als Bundesbehörde auftreten. Deswegen führte die Berliner Dienststelle die Bezeichnung „Sondervermögens- und Bauverwaltung“.

Nach der Wiedervereinigung wurde zunächst die Bezeichnung „Bundesvermögensverwaltung“ eingeführt. Später ist diese in das neu aufgestellte Bundesbauamt (*Anm. d. Red.: Seit 2004 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, BBR*) übergegangen – aber da war die GSU schon längst Geschichte.

Gottfried Einofski

Anmerkung der Redaktion:

Der Autor des Gast-Kommentars, der unseren Verein freundlicher Weise mit historischem Material und Informationen unterstützt, wurde natürlich auf die damaligen Dienstanweisungen und die damit verbundenen Kontrollmaßnahmen, die sich auch aufgrund der jeweiligen Alarmstufe ergaben, ausführlich hingewiesen. Es wurde deutlich gemacht, dass seitens der GSU-Angehörigen keine Willkür ausgelebt wurde. Des Weiteren wurde Herr Einofski darauf hingewiesen, dass der damalige Militärflughafen Gatow nicht durch Kräfte der German Security Unit geschützt wurde.

Jubiläumssitzung

Der geschäftsführende Vorstand ist am 16. Oktober zu seiner inzwischen 50. Sitzung im Vereinslokal „Zur Quelle“ zusammengetreten. Dort fand übrigens am 11. April 2010 auch die erste Sitzung des Gremiums statt.

GSU beim Remembrance Sunday

Auf dem Britischen Militärfriedhof in der Charlottenburger Heerstraße legten am 9. November Vertreter der Commonwealth-Staaten, Gebinde und Sträuße mit Mohnblumen nieder, um den unzähligen Opfern der Kriege zu gedenken.

Mit dieser Tradition, knüpfte man an die historische Vereinbarung von Compiègne an, mit der der Erste Weltkrieg formal am „elften Tag des elften Monats um elf Uhr“ beendet wurde. Seitdem werden weltweit im Commonwealth am 11. November (Remembrance Day) um 11:00 Uhr zwei Schweigeminuten abgehalten und in öffentlichen Gebäuden innegehalten.

Am jeweils nächstgelegenen Sonntag, dem „Remembrance Sunday“, werden Sträuße mit Mohnblumen („Poppies“) auf den Friedhöfen und an Mahnmalen niedergelegt. Die roten Poppies erinnern hierbei an die mit dem Blut der getöteten Soldaten des Ersten Weltkriegs getränkten Feldern Flanderns.

Neben der Truppen des Commonwealth beteiligten sich auch die Royal British Legion, die Bundeswehr, die Berliner Bezirksämter Charlottenburg und Spandau, der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge, verschiedene Botschaften und andere Einrichtungen und Veteranenverbände an der Zeremonie.

Auch in diesem Jahr war die GSU-Kameradschaft unter Führung ihres neuen stellvertretenden Vorsitzenden Heiko Leistner an der Heerstraße präsent. Niedergelegt wurde der Poppy-Kranz der GSU-Veteranen von Uwe Krumrey und Bernd Riechert (Foto rechts). Erstmals trat mit Krumrey ein ehemaliger Einheitsangehöriger während des Remembrance Sunday in historischer GSU-Uniform auf, was großen Anklang fand.

Die Commonwealth-Veranstaltung an der Heerstraße, auf dem Soldaten verschiedener Nationen und auch Zivilbeschäftigte beigesetzt sind, stand in diesem Jahr unter dem Kommando Indiens. Der nächste Remembrance Sunday fällt auf den 8. November 2015.



Ein Teil unserer Geschichte

Zu den traurigen Aufgaben eines Vereins gehört es auch, sich an besonderen Tagen Ihrer Verstorbenen zuzuwenden, ohne die, eine Traditionspflege und Geschichtswahrung nicht möglich wäre – zumindest nicht nach dem Verständnis der GSU-Kameradschaft.

Erst im April besuchten Vorstandsmitglieder das Grab unseres Ehrenmitglieds Karl-Heinz Sander, anlässlich dessen ersten Todestages.

Nun führt der Weg zur Ruhestätte von Ulrich Jäckel, der im November letzten Jahres ebenfalls verstorben war. Unser

Vereinsvorsitzender Gerhard E. Zellmer wird an dessen Grab ein Gesteck im Namen aller Mitglieder niederlegen.

Auch an Wolfgang Schiller, den letzten GSU-Dienststellenleiter, wird gedacht, dessen Todestag sich Anfang Dezember zum fünften Mal jährt.

Rechtsmittel eingelegt

In dem Rechtsstreit gegen ein ehemaliges Mitglied, wurde dieses erstinstanzlich durch das Amtsgericht Spandau zu einer Zahlung von 500,- EUR verurteilt.

Damit gewann der Verein das Verfahren gegen den 52-jährigen, dennoch hat der Vorstand inzwischen Rechtsmittel einlegen lassen, um den Fall vor dem Landgericht neu zu verhandeln.

Das Gericht bestätigte zwar die Auffassung der Kameradschaft, dennoch wich die Kammer von ihrem eigenen Vergleichsvorschlag ab und entschied, dass die Verfahrenskosten durch den Verein getragen werden sollen. Dies

lehnt der GSU-Vorstand jedoch ab und erhielt bereits im Vorfeld eine Freigabe der Mitgliederversammlung.

Das Ex-Mitglied hatte den Vereinsregisterauszug mit personenbezogenen Daten unerlaubt publiziert, sich „entschuldigt“ und die Daten gelöscht. Kurze Zeit später publizierte er sie wieder – diesmal an einer anderen Stelle seiner privaten Homepage.

schon gewusst..?

...dass das Wort „**Manöver**“ aus dem Französischen stammt und „Handarbeit“, bzw. „Handhabung“ bedeutet? In der Tat, und der Begriff wurde zunächst nur für Übungen in der Schifffahrt sowie für die Ausbildung von Matrosen verwendet. Außerdem bezeichnete es auch die durch den Kapitän angeordneten Bewegungen eines Schiffes. Erst später wurde es in den allgemeinen militärischen Sprachgebrauch übertragen und bezeichnet seitdem Truppenbewegungen- und Übungen.



...dass das ehemalige Wachlokal der früheren **Brigadier Residence** an der Charlottenburger Heerstraße zugemauert wurde? Ja, so ist es. Bei einem Vorstandstermin bei dem jetzigen Haus Herrn, konnten die Villa und das Grundstück besichtigt werden, das nunmehr durch ein Unternehmen genutzt wird. Der Außenzugang des Wachlokals wurde vor mehreren Jahren verschlossen und großzügig mit der ehemaligen Garage verbunden. Der entstandene Bereich dient heute als Lagerraum. Veränderungen gab es auch im früheren Küchenbereich der Villa sowie in der Anordnung der Gartenanlage (Foto). Bei dem Besuch am 21. Oktober sind interessante Aufnahmen entstanden, die durch den Vorstand archiviert wurden.



...dass der militärische Begriff „**Train**“ grundsätzlich nichts mit

dem englischen Wort für Eisenbahn zu tun hat und vielmehr aus dem Französischen stammt? So ist es, denn in der Sprache unseres Nachbarn bedeutet es „Gefolge“ und bezeichnet daher den militärischen Transport- und Versorgungsmittel. So sind auch einzelne preußische Bezeichnungen Friedrich des Großen im Zusammenhang mit Train-Einheiten als Verpflegungs-, Lazarett- und Administrations-Train des Heeresfuhrwesens auf diesen Begriff zurückzuführen. Auch in der alten Armee wurden Transport- und Versorgungseinheiten in Train-Battalione gegliedert. So entstanden flächendeckend sogenannte Train-Kasernen als Versorgungstützpunkte. Eine in Berlin Ende des 19. Jahrhunderts errichtete kai-



serliche Liegenschaft war nicht nur eine klassische Train-Kaserne, sie erhielt sogar um 1882 diesen Namen. Fortan war dort auch das Brandenburgische Train-Battalion Nr. 3 stationiert, das während des Ersten Weltkriegs durch ein Ersatzbattalion ersetzt wurde. Nach einer Namensänderung in den 1930er Jahren, wurden dort andere Einheiten stationiert. Dennoch blieb die Liegenschaft ein echter Train-Stützpunkt - auch während des Zweiten Weltkriegs.

Unter ihrem neuen Namen „Smuts Barracks“, dürfte den Ehemaligen der früheren German Security Unit die alte Train-Kaserne noch bekannt sein.



...dass das britische **Verteidigungsministerium** in seiner heutigen Form erst 1964 gebildet wurde? So ist es. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs prüfte eine Kommission die militärischen Leistungen der alten Strukturen und forderte eine engere Koordinierung der bis dahin durch verschiedene Ministerien geführten Teilstreitkräfte sowie die Bildung eines neuen Verteidigungsministeriums. Premierminister David George lehnte dies 1921 ab und richtete stattdessen einen Stab mit einem zusätzlichen Minister ein, dessen politische Autorität allerdings gering war. 1940 bildete Premierminister Winston Churchill erstmals ein Verteidigungsministerium, allerdings unter Beibehaltung der einzelnen Streitkräfte-Ministerien und übernahm zugleich auch den Ministerposten in Personalunion bis 1946, als eine Reform der Verwaltung erfolgte. Erst 1946 wurden die einzelnen Ministerien (Admiralität, War Office, Luftfahrtministerium) in das neue Ministry of Defence (MoD) zusammengeführt. Seit dieser Zeit dient das Verteidigungsministerium auch als Hauptquartier der Streitkräfte des Vereinigten Königreichs. Derzeitiger Verteidigungsminister ist Michael Fallon, der das Amt im Juli 2014 angetreten hat.

Allerlei

Kameradschaftsabend

Am **22. November** findet im Vereinslokal „Zur Quelle“ ab 19:00 Uhr der diesjährige Kameradschaftsabend statt, der bereits zum fünften Mal unter Schirmherrschaft des Vereins steht. Alle Freunde und Interessierte sind herzlich willkommen.

Ehrentafel wird überwacht

Im Rahmen der laufenden Sanierungsarbeiten auf dem Gelände der Wilhelmstadt-Schulen ist nun auch die neue **Ehrentafel** der GSU in die elektronische Überwachung mit einbezogen worden. Zurzeit wird der ehemalige Kompanieblock 14, in dem in den 1950er Jahren die zweite Kompanie der GSO untergebracht war, umfangreich modernisiert. Demnächst starten auch die Bauarbeiten am früheren Kompanieblock 34 – des heutigen Hauses 34a. Bereits jetzt wurden dessen Frontbereich und somit auch die Ehrentafel in die elektronische Sicherungs- und Videoüberwachung mit einbezogen. Für den Zeitraum der Renovierungsarbeiten am Außenbereich wird die Ehrentafel demontiert.

Eintrag nachgeholt

Nach Dr. Gundula Bavendamm (AlliiertenMuseum) und Robin

Greenham (ehemaliger Verbindungsoffizier) hat sich auch der Luftwaffenattaché bei der Britischen Botschaft, Roland Smith (Foto), in das **Gästebuch** der GSU-Kameradschaft eingetragen. Bei einem Treffen mit dem Vereinsvorsitzenden Gerhard Zellmer, holte Smith, der ebenfalls Gast bei dem Festakt anlässlich der Einweihung der Ehrentafel war, den Eintrag nach, der im September vergessen wurde. Bei dem Treffen wurde auch das unter Protektion der Botschaft durchgeführte Projekt offiziell beendet. Bereits einen Tag zuvor war Zellmer mit Vertretern der Öffentlichkeitsabteilung zusammengetroffen, mit denen der Ablauf der Veranstaltung und die Einbindung des **GUARD REPORT** abgestimmt wurden. Auch in



der Botschaft selbst hingen Publikationen über die Veranstaltung am 30. September aus.

Verein verschiebt erneut

Nach Mitteilung eines Vertreters der „Black Kilts“, verschiebt der Verein **„West Alliierte in Berlin“** abermals die Eröffnung seiner neuen Museumsräume am Rande des früheren britischen Hauptquartiers in Charlottenburg. Die stolzen Vereinsmitglieder, die derzeit ehemalige Dusch- und Umkleieräume als Ausstellungsfläche herrichten, wollten in diesem Monat ihre Einweihungsfete durchführen,

nachdem ein bereits vor Monaten geplanter Termin geplatzt war und auf diesen Monat verschoben wurde. Wir hoffen, dass das Museum nach einem Jahr Pause, endlich wieder seine Tore öffnen wird.

40. GSU-Stammtisch

Ein „kleines“ Jubiläum konnte die GSU-Kameradschaft Anfang des Monats begehen, denn im Vereinslokal „Zur Quelle“ fand der inzwischen 40. Stammtisch statt, der erstmals im Juni 2011 durchgeführt wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde nicht nur ein neues Mitglied in unseren Reihen begrüßt, auch Siegfried Malkowski konnte seinen Geburtstag im Kreise einiger ehemaliger Kollegen nachfeiern. Wir sagen „Happy Birthday“ und freuen uns auf die nächsten 40 Stammtische, die inzwischen zu einer festen Institution der Kameradschaft gewachsen ist und in dieser Form und Regelmäßigkeit von keinem



Der **GUARD REPORT** ist das offizielle Newsletter der Kameradschaft 248 GSU e. V. Die redaktionelle Verantwortung liegt beim geschäftsführenden Vorstand.

info@kameradschaft.248asu.de

anderen alliierten Verein angeboten wird. Im Januar hat sich übrigens der Spandauer Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank als Teilnehmer des Stammtisches angesagt, der das persönliche Gespräch mit unseren Mitgliedern und Freunden sucht. Wir freuen uns darauf!